

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

FRÜHJAHRSSSESSION 2021

1. März – 19. März 2021

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Die Frühjahrssession wurde von der Debatte zum Covid-19-Gesetz dominiert. Damit das Gesetz umgehend in Kraft gesetzt werden kann, mussten die Differenzen zwischen den beiden Räten während der laufenden Session ausgeräumt werden, was teilweise rekordlange Sitzungen zur Folge hatte. Am Ende stimmten National- und Ständerat den Änderungen im Gesetz zu. In erster Linie betreffen diese wirtschaftliche Belange: Aufstockung der Corona-Nothilfe für Härtefälle um 10 Milliarden Franken und mehr Geld für Grossunternehmen, Selbständige, Veranstaltungen, Kitas, Kulturschaffende oder Personen mit tiefen Löhnen. Gegen das Gesetz ist das bereits im Herbst lancierte Referendum zustande gekommen. Das Stimmvolk entscheidet am 13. Juni über die Vorlage. Der Ständerat hat sich zudem als Erstrat mit der AHV-Reform auseinandergesetzt und für eine Anhebung des Frauen-Rentenalters auf 65 Jahre ausgesprochen. Diese sorgte für eine breite mediale Berichterstattung genauso wie die Sistierung der Agrarreform AP22+.

Im Bereich der frühen Kindheit wurde die Motion von Adrian Wüthrich für ein Rahmengesetz für eine schweizweite familienergänzende Kinderbetreuung, welche von Nationalrat Mathias Reynard (SP/VS) übernommen wurde, mit einer hauchdünnen Mehrheit von 98 zu 85 Stimmen abgelehnt. Die Behandlung der ebenfalls traktandierten Parlamentarischen Initiative von Nationalrat Matthias Aebischer (SP/BE) zur Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter (Phase 2) wurde durch die zuständige Kommission (WBK-N) im Vorfeld der Session bis zum Ende des Jahres sistiert. Dies vor dem Hintergrund, dass die WBK-N das Thema Frühe Kindheit anders angehen will. Sie hat eine Kommissionsinitiative lanciert, welche das befristete Impulsprogramm für die Schaffung von Betreuungsplätzen in den familienergänzenden Strukturen in eine stetige Unterstützung überführen will. Der Vorstoss will eine massgebliche Vergünstigung der Elternbeiträge und eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung bewirken.

Es wurden in der Session auch einige neue, für READY! relevante Vorstösse eingereicht. Nationalrätin Flavia Wasserfallen (SP/BE) sowie Ständerätin und READY!-Trägerin Elisabeth Baume-Schneider (SP/JU) fordern die Einführung eines vorgeburtlichen und über die Erwerbsersatzordnung finanzierten Mutterschaftsurlaub von drei Wochen. Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (GPS/ZH) will eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der "Frauenberufe" in Pflege und Betreuung. Zudem wurden zahlreiche weitere Interpellation und Fragen eingegeben. So erkundigte sich unter anderen Nationalrätin Valérie Piller Carrard (SP/FR) in der Fragestunde über den Bedarf an Betreuungseinrichtungen für Kinder zur Förderung der Gleichstellung.

Im kommenden Quartal wird sich die WBK-S mit dem Bericht des BSV in Erfüllung des Postulats Strategie zur Stärkung der frühen Förderung auseinandersetzen. Zudem wird sie über die oben erwähnte Parlamentarische Initiative der WBK-N sowie über eine Standesinitiative Gerf für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung entscheiden. Die WBK-N wird eine Parlamentarische Initiative von Nationalrätin Valérie Piller Carrard (SP/FR) behandeln, welche eine Bekämpfung der Kinderarmut fordert. Die WAK-N wird einen Gesetzesvorschlag für die zweite Phase der Parlamentarischen Initiative Christa Markwalder (FDP/BE) für eine steuerliche Entlastung für familien-externe Kinderbetreuung erarbeiten. Auch weitere Kommissionen haben READY!-relevante Vorstösse traktandiert. In der Sondersession des Nationalrats vom 3. bis 6. Mai hingegen sind keine entsprechenden Geschäfte vorgesehen.

2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

* Die Geschäfte in diesen Kategorien werden in der Übersicht unter Kategorie 6 «Pendente und neu eingereichte Geschäfte» gelöscht.

An den Bundesrat überwiesen*

[20.4448](#) Postulat Yvonne Feri SP/AG: Evaluation Bundesgesetz über Kindsentführungen

Gesetzesvorlage verabschiedet*

-

An Zweitrat

[19.3446](#) Motion BDP-Fraktion: Mutterschaftsentschädigung endlich auch für Ehegattinnen und eingetragene Partnerinnen von Landwirtinnen und Landwirten

Fristverlängerung

[15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH: Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter à *Fristverlängerung bis Frühjahrssession 2023*

Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte*

[19.3190](#) Motion Adrian Wüthrich SP/BE: Rahmengesetz für eine schweizweite familienergänzende Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Gleichstellung von Mann und Frau und zur Chancengerechtigkeit der Kinder

[19.3310](#) Motion Jean-Luc Addor SVP/VS: Steuerliche Anreize für eine familienfreundliche Politik, die diesen Namen verdient

[20.4437](#) Interpellation Sandra Locher Benguerel SP/GR: Vernachlässigtes Kindswohl

[20.4011](#) Interpellation Marianne Binder-Keller Die Mitte/AG: Kinder in Quarantäne. Wahrung des Kindeswohls und der Kinderrechte. Dringliche Anpassung der COVID-Regeln

3 AUSZUG FRAGESTUNDE

[21.7229](#) Frage Valérie Piller Carrard SP/FR: Bedarf an Betreuungseinrichtungen für Kinder zur Förderung der Gleichstellung

Antwort Bundesrat:

Für die Kinderbetreuung sind in erster Linie die Kantone und Gemeinden zuständig. Das Bundesgesetz über Finanzhilfen für die Kinderbetreuung ermöglicht es dem Bund, die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen zu unterstützen. Das Ziel dieses Gesetzes ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes vor 18 Jahren hat der Bund die Schaffung von rund 65'000 neuen Betreuungsplätzen mit insgesamt 408 Millionen Franken unterstützt. Weder die Verfassung noch das Gesetz sehen vor, dass der Bund für jedes Kind den Zugang zu einem Betreuungsplatz garantiert.

[21.7003](#) Frage Samira Marti SP/BL: Kindgerechte Unterbringung und Schulung von Kindern, die in kollektiven Notunterkünften leben

Antwort Bundesrat:

Für die Ausgestaltung und Ausrichtung der Nothilfe sind die Kantone zuständig. Der Bund hat in diesem Bereich weder ein Weisungs- noch ein Aufsichtsrecht. Die zuständige Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) hat Empfehlungen zur Nothilfe für ausreisepflichtige Personen des Asylbereichs für die Kantone erlassen. Diese Nothilfeempfehlungen halten unter anderem fest, dass die Rechte und spezifischen Bedürfnisse von Kindern beachtet werden müssen. Eine kind- und familiengerechte Unterbringung ist in kollektiven Nothilfestrukturen möglich. Familien mit schulpflichtigen Kindern sind gemäss den Empfehlungen möglichst so unterzubringen, dass in der Regel kein Schulwechsel vorgenommen werden muss. Der Grundschulunterricht ist auch für Kinder von Ausreisepflichtigen obligatorisch. Dieser kann entweder in öffentlichen Schulen oder in den Zentren erfolgen. Der Bundesrat begrüsst die durch die Kantone im Rahmen der Nothilfeempfehlungen, angestrebte Harmonisierung, sieht aber zurzeit keinen weiteren Handlungsbedarf.

4 BEACHTENSWERTE NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

[21.3155](#) Motion Flavia Wasserfallen SP/BE: Mutterschutz vor der Niederkunft

[21.3283](#) Motion Elisabeth Baume-Schneider SP/JU: Protection de la maternité avant l'accouchement
(Titel folgt)

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die gesetzlichen Bestimmungen zur Einführung eines vorgeburtlichen und über die Erwerbsersatzordnung finanzierten Mutterschaftsurlaub von drei Wochen vorzulegen. Der Mutterschaftsurlaub nach der Niederkunft soll dadurch nicht angetastet werden.

[21.3082](#) Motion Katharina Prelicz-Huber GPS/ZH: Aufwertung der "Frauenberufe" in Pflege und Betreuung

Der Bundesrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen für die Aufwertung der "Frauenberufe" in Pflege und Betreuung (u.a. auch frühkindliche Bildung und Betreuung) zu schaffen. Schwerpunkt soll die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wie die deutliche Höhereinstufung der Löhne und die effektive Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sein.

[21.3045](#) Interpellation Martina Bircher SVP/AG: Auswirkungen der Covid-19-Massnahmen auf Kinder und Jugendliche

Die Massnahmen rund um die Covid-Krise treffen insbesondere Kinder und Jugendliche. Daraus ergeben sich gemäss Interpellantin diverse Fragen, unter anderem auch, wie der Bundesrat die Auswirkungen auf Kleinkinder einschätzt, welche (noch) nicht in eine Spielgruppe oder Kita gehen und durch die 5 Personen Regel keinen Kontakt zu anderen Kindern pflegen dürfen.

[21.3042](#) Interpellation Katharina Prelicz-Huber GPS/ZH: Frühförderung von Kindern mit Migrations- und Fluchthintergrund

In seinem Bericht "Politik der frühen Kindheit" anerkennt der Bundesrat den gesellschaftlichen und ökonomischen Wert von Massnahmen und Angeboten im Bereich der Frühförderung. Eine in diesem Bericht genannte Option, wie der Bund mehr beitragen könnte, wäre eine "verstärkte Förderung des Zugangs zu Leistungen im Bereich der Politik der frühen Kindheit von Kindern mit Migrationshintergrund". Die Interpellantin stellt dazu vier Fragen an den Bundesrat.

5 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

WBK-S

29./30.03.2021

[19.3417](#) Postulat WBK-NR. Strategie zur Stärkung der frühen Förderung. Berichterstattung

[21.403](#) Parlamentarische Initiative WBK-NR. Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung

[20.308](#) Standesinitiative Genf: Für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung

WBK-N

15./16.04.2021

[20.454](#) Parlamentarische Initiative Valérie Piller Carrard SP/FR: Kinderarmut bekämpfen

WAK-N

12./13.04.2021

[20.455](#) Parlamentarische Initiative Christa Markwalder FDP/BE: Steuerliche Entlastung für familien-externe Kinderbetreuung bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr. 2. Phase

SPK-S

26.04.2021

[19.311](#) Standesinitiative ZG: Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung

[20.313](#) Standesinitiative BL: Teilnahme an Parlamentssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs

[20.323](#) Standesinitiative LU: Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub

SGK-N

28./29./30.04.2021

[15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH: Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter – Definition der Eckwerte für einen Erlassentwurf

[17.2008](#) Petition Rutz Hans Rudolf. Gesetzesänderung bezüglich Kinderbetreuungsbonus bei der AHV für geschiedene Eltern – Prüfung

**6 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE
GESCHÄFTE**

Hinweise

- In der Frühjahrssession 2021 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
- Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
- Neuer Status bei den Geschäften in Rot.

[21.3283](#) *Motion Elisabeth Baume-Schneider SP/JU: Protection de la maternité avant l'accouchement (Titel folgt)*

[21.3155](#) *Motion Flavia Wasserfallen SP/BE: Mutterschutz vor der Niederkunft*

[21.3082](#) *Motion Katharina Prelicz-Huber GPS/ZH: Aufwertung der "Frauenberufe" in Pflege und Betreuung*

[21.3284](#) *Postulat Benedikt Würth Die Mitte/SG: Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting versus Individualbesteuerung: Bewertung der beiden Modelle*

[21.3220](#) *Postulat Benjamin Roduit Die Mitte/VS: Les impacts du Covid-19 sur la santé des enfants et des adolescents (Titel folgt)*

[21.3190](#) *Postulat Marianne Binder-Keller Die Mitte/AG: «Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting versus Individualbesteuerung» Bewertung der beiden Steuermodelle aus liberaler, gleichstellungs- und familienpolitischer Sicht*

[21.3189](#) *Postulat Marianne Binder-Keller Die Mitte/AG: «Gemeinschaftsbesteuerung mit Vollsplitting versus Individualbesteuerung» Bewertung*

aus steuerlicher, bürokratischer und vollzugstechnischer Sicht

[21.3218](#) *Interpellation Sarah Wyss SP/BS: Fehlende statistische Grundlagen zur körperlichen und psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen*

[21.3083](#) *Interpellation Florence Brenzikofer GPS/BL: Massnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf*

[21.3045](#) *Interpellation Martina Bircher SVP/AG: Auswirkungen der Covid-19-Massnahmen auf Kinder und Jugendliche*

[21.3042](#) *Interpellation Katharina Prelicz-Huber GPS/ZH: Frühförderung von Kindern mit Migrations- und Fluchthintergrund*

[21.403](#) *Parlamentarische Initiative WBK-NR: Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung
→ WBK-N: **Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten (18.02.2021)***

[20.4421](#) *Postulat Samira Marti SP/BL: Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht
→ BR beantragt **Ablehnung (17.02.2021)***

[20.472](#) *Parlamentarische Initiative Kathrin Bertschy GLP/BE: Elternzeit von 14/14 Wochen - gleiche Chancen im Erwerbsleben*

[20.323](#) *Standesinitiative LU: Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub
→ SPK-S Folge gegeben (09.11.2020)
→ SPK-N Folge gegeben (22.01.2021)*

- [20.313](#) Standesinitiative BL: Teilnahme an Parlamentssitzungen während des Mutterschaftsurlaubs
→ SPK-S Folge gegeben (09.11.2020)
→ SPK-N Folge gegeben (22.01.2021)
- [20.455](#) Parlamentarische Initiative Christa Markwalder FDP/BE: Steuerliche Entlastung für familien-externe Kinderbetreuung bis zu 25 000 Franken pro Kind und Jahr
→ WAK-N Folge gegeben (02.11.2020)
→ WAK-S Folge gegeben (19.01.2021)
- [20.454](#) Parlamentarische Initiative Valérie Piller Carrard SP/FR: Kinderarmut bekämpfen
- [20.3683](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Bedarf sabhängige Kinderzulagen
→ BR beantragt Ablehnung (19.08.2020)
- [20.3684](#) Postulat Yvonne Feri SP/AG: Massnahmen zur Armutsprävention
→ BR beantragt Ablehnung (12.08.2020)
- [20.3806](#) Postulat Valérie Piller Carrard SP/FR: Anders in die familienexterne Kinderbetreuung investieren
→ BR beantragt Ablehnung (19.08.2020)
- [20.3873](#) Postulat Mathias Reynard SP/VS: Der Elternurlaub als Zukunft unserer Familienpolitik
→ BR beantragt Ablehnung (12.08.2020)
- [20.413](#) Parlamentarische Initiative Katharina Prelicz-Huber GPS/ZH: Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service Public
→ WBK-N: Keine Folge gegeben (18.02.2021)
- [20.3381](#) Motion GPS-Fraktion: Keine Kinderarmut
→ BR beantragt Ablehnung (12.08.2020)
- [20.3201](#) Motion SP-Fraktion: Wichtige Anerkennung für systemrelevante Arbeit
→ BR beantragt Ablehnung (26.08.2020)
- [20.3231](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Nationales Programm. Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen
→ BR beantragt Ablehnung (12.08.2020)
- [20.308](#) Standesinitiative Genf: Für eine konsequente Bundespolitik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung
- [20.3039](#) Motion Jean-Luc Addor SVP/VS: Familienquotient zur Beseitigung der Heiratsstrafe
→ BR beantragt Ablehnung (20.05.2020)
- [19.311](#) Standesinitiative ZG: Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung
→ SPK-S Folge gegeben (09.11.2020)
→ SPK-N Folge gegeben (22.01.2021)
- [19.4430](#) Motion Yvonne Feri SP/AG: Verbesselter Schutz für in der Betreuung tätige Hausangestellte
→ BR beantragt Ablehnung (26.02.2020)

- [19.4343](#) Postulat Kathrin Bertschy GLP/BE:
Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung direkt für die Verbilligung von Kita-Tarifen erwerbstätiger Eltern verwenden
→ *BR beantragt Ablehnung*
(20.11.2019)
- [19.4207](#) Postulat Tiana Angelina Moser GLP/ZH: Stärkung Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungslücken schliessen
→ *BR beantragt teilweise Annahme*
(20.12.2019)
- [19.4069](#) Motion Benjamin Roduit Die Mitte/VS:
Schweizer Kohortenstudie zur Untersuchung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
→ *BR beantragt Ablehnung*
(20.11.2019)
- [19.4070](#) Motion Christian Lohr Die Mitte/TG:
Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit
→ *BR beantragt Ablehnung*
(20.11.2019)
- [19.3630](#) Motion Christa Markwalder FDP/BE:
Individualbesteuerung endlich auch in der Schweiz einführen
→ *BR beantragt Ablehnung*
(28.08.2019)
- [19.3768](#) Motion Die Mitte-Fraktion:
Systematische Überprüfung der Auswirkungen auf Familien bei der Schaffung von neuen oder der Anpassung von bestehenden Gesetzgebungen
→ *BR beantragt Ablehnung*
(21.08.2019)
- [19.3803](#) Motion Brigitte Crottaz SP/VD:
Beiträge der zweiten Säule auch nach der Geburt eines Kindes sicherstellen
→ *BR beantragt Ablehnung*
(14.08.2019)
- [19.3847](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE:
Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Endlich eine echte Elternzeit
→ *BR beantragt Ablehnung*
(14.08.2019)
- [19.3848](#) Motion Rosmarie Quadranti BDP/ZH:
Elternzeit 14/14 Wochen für Chancengleichheit im Erwerbsleben
→ *BR beantragt Ablehnung*
(14.08.2019)
→ *wird übernommen von Yvonne Feri*
(5.12.2019)
- [19.3849](#) Motion Kathrin Bertschy GLP/BE:
Elternzeit 14/14 Wochen / gleiche Chancen im Erwerbsleben
→ *BR beantragt Ablehnung*
(14.08.2019)
- [19.3927](#) Motion Carlo Sommaruga SP/GE:
Familienzulagen. Die rechtliche Situation von unregelmässig Beschäftigten ist zu verbessern
→ *BR beantragt Ablehnung*
(21.08.2019)
→ *wird übernommen von M. Reynard*
(28.11.2019)
- [19.3863](#) Postulat Ida Glanzmann-Hunkeler Die Mitte/LU: Flächendeckende familienergänzende Betreuung
→ *BR beantragt Ablehnung*
(14.08.2019)
- [19.3871](#) Postulat Adrian Wüthrich SP/BE:
Nationale Konferenz zur Frühen Förderung
→ *BR beantragt Ablehnung*
(04.09.2019)
→ *übernommen von M. Reynard*
(28.11.2019)
- [19.3446](#) Motion BDP-Fraktion:
Mutterschaftsentschädigung endlich auch für Ehegattinnen und

eingetragene Partnerinnen von Landwirtinnen und Landwirten
→ *BR beantragt Ablehnung* (03.07.2019)
→ *NR: Annahme (10.03.2021)*

[19.3373](#) Motion Margret Kiener Nellen SP/BE:
EO-Entschädigungen. Militärdienst und Mutterschaft gleich entschädigen
à *Bundesrat beantragt Ablehnung* (29.05.2019)
→ *wird übernommen von Priska Seiler Graf (28.11.2019)*

[19.3176](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE:
Keine Kündigung in der Probezeit von Arbeitnehmerinnen in der Schwangerschaft und nach der Niederkunft
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (15.05.2019)

[19.3175](#) Motion Nadine Masshardt SP/BE:
Stärkerer Schutz für Mütter bei missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung
→ *Bundesrat beantragt Ablehnung* (15.05.2019)

[17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer SP/BE:
Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
→ *WBK-N: Folge gegeben* (12.01.2018)
→ *WBK-S: Zustimmung* (14.05.2018)
→ *WBK-N: Eröffnung Vernehmlassung* (29.08.2019)
→ *WBK-N: Verabschiedung Vorlage* (14.02.2020)
→ *NR: Annahme Erlassensentwurf* (18.06.2020)
→ *SR: Nicht eintreten* (09.09.2020)
→ *WBK-N: Behandlung sistiert bis Ende Jahr (19.02.2021)*

[17.2008](#) Petition Rutz Hans Rudolf.
Gesetzesänderung bezüglich Kinderbetreuungsbonus bei der AHV für geschiedene Eltern
→ *SR: Keine Folge gegeben* (15.12.2017)

[15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel GLP/ZH:
Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter
→ *wird übernommen von Thomas Weibel (3.12.2015)*
→ *SGK-N Zustimmung* (22.06.2016)
→ *SGK-S Zustimmung* (30.08.2016)
→ *Fristverlängerung bis Herbstsession 2020* (28.09.2018)
→ *Fristverlängerung bis Frühjahrssession 2023* (19.03.2021)